



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2012 – 30.01.2012)

Liebe Leserinnen und Leser,

fraktionsübergreifend haben wir am Donnerstag der vergangenen Sitzungswoche im Deutschen Bundestag den Einsatz eines Untersuchungsausschusses zum Rechtsextremismus beschlossen. Wir wollen die Ungereimtheiten in der furchtbaren Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) aufklären und Licht ins Behördendunkel bringen. Dazu soll der Ausschuss eng mit den Ländern zusammenarbeiten und die Geflechte zwischen Bundes- und Landesbehörden beleuchten. Wir von der SPD-Fraktion senden drei Abgeordnete in den Ausschuss: Sebastian Edathy als Vorsitzender, Eva Högl als Obfrau und Sönke Rix.

Bereits am Mittwoch war die Vetterwirtschaft im FDP-geführten Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) das Thema einer Aktuellen Stunde. Die FDP hat einst den „mitfühlenden Liberalismus“ ausgerufen, inzwischen ahnen wir, was die Liberalen darunter offenbar verstehen: Entwicklungsminister Dirk Niebel will in seinem Ministerium 182 neue, teils höchstdotierte Stellen schaffen – und anscheinend mit Parteifreunden besetzen. Die Ironie dabei: Niebel wollte genau dieses Ministerium vor seinem Amtsantritt noch abschaffen. Grenzwertig wird es, wenn sich bewahrheiten sollte, dass der Minister bereits vor Monaten eine hohe Stelle einer Parteifreundin zugeschlagen hat. Das nun stattgefundenene Auswahlverfahren, das mehrere zehntausend Euro kostete, wäre damit eine Farce. Wir werden das zweifelhafte Vorgehen Niebels mit aller Entschlossenheit prüfen.

Ebenfalls am vergangenen Donnerstag wurde im Plenum über die Verlängerung der Bundeswehrebeteiligung am ISAF-Mandat in Afghanistan bestimmt. Weitere wichtige Themen der vergangenen Sitzungswoche waren das unserer Meinung nach zu kurz greifende zweite Finanzmarktstabilisierungsgesetz (2. FMStG) der schwarz-gelben Koalition sowie der Beschluss unseres Positionspapiers zur sozialdemokratischen Industriepolitik. Am Freitag hat die SPD-Bundestagsfraktion dann noch ein echtes Pilotprojekt im Bundestag auf den Weg gebracht: Unser Antrag „Kultur für alle“ fordert nicht nur einen barrierefreien Zugang zu

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2012 – 30.01.2012)

Kultur- und Medienangeboten, sondern setzt diese Forderung auch gleichzeitig selbst um: Wir haben unseren Antrag in so genannte Leichte Sprache übersetzen lassen, damit alle Menschen diesen Antrag auch wirklich verstehen können.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Johannes Pflug



Bärbel Bas



IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND V.I.S.D.P.: BÄRBEL BAS, MDB / JOHANNES PFLUG, MDB
REDAKTION: MANUEL REIß, LIS WEY
PLATZ DER REPUBLIK 1,
11011 BERLIN
DIE TEXTE KOMMEN ZUM TEIL VON DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhaltsverzeichnis

Seite

- 03 [SPD-Bundestagsfraktion kritisiert Niebels FDP-Vetternwirtschaft im Ministerium](#)
- 04 [Bundeswehreinsetzung in Afghanistan verlängert](#)
- 05 [Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz der Koalition springt zu kurz](#)
- 07 [Kultur für alle: SPD gestaltet erstmals Antrag in Leichter Sprache](#)
- 09 [Positionspapier zur sozialdemokratischen Industriepolitik](#)

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2012 – 30.01.2012)

AKTUELLE STUNDE

SPD-Bundestagsfraktion kritisiert Niebels FDP-Vetternwirtschaft

Der Deutsche Bundestag hat am Mittwoch, 25. Januar 2012, zunächst in einer Fragestunde und dann auf Antrag unserer SPD-Bundestagsfraktion in einer Aktuellen Stunde die umstrittene Personalpolitik von Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) thematisiert. Seit Monaten ist der FDP-Minister damit beschäftigt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) zu vergrößern und die Abteilungen und Referate zu vermehren, um FDP-Mitglieder mit Posten zu versorgen. Dabei hatte er in der Opposition die Daseinsberechtigung des Ministeriums noch in Frage gestellt. „Das Maß ist voll. Wir lassen nicht zu, dass das Ministerium zu einem Versorgungswerk für die FDP verkommt“, sagte Sascha Raabe, entwicklungspolitischer Sprecher unserer SPD-Bundestagsfraktion.

Besonders kritisch sehen wir von der SPD-Fraktion die Personalentscheidung um Gabriela Büsse-maker, ehemalige FDP-Oberbürgermeisterin von Ettlingen. Bei diesem Einstellungsverfahren ist der Eindruck entstanden, dass es bereits vor dem offiziellen Auswahlverfahren eine Zusage an die FDP-Politikerin gab. Damit wären die selbstverständlichsten Regeln ordentlicher Auswahlverfahren und Eignungsprüfungen gebrochen worden. Die Kosten für das Verfahren in Höhe von etwa 60.000 Euro sind aus Steuergeldern beglichen worden. Sascha Raabe sagte dazu in Richtung des Ministers: „Wenn sich der Verdacht bestätigen sollte, dass es sich um ein Bewerbungsverfahren zum Schein und auf Kosten der Steuerzahler gehandelt hat, machen Sie sich der Untreue schuldig.“ Unsere Fraktion wird die genauen Umstände prüfen.

Insgesamt ist das Verhalten von Niebel unglaublich. In seiner Zeit als FDP-Generalsekretär forderte der Liberale noch die Abschaffung des BMZ. Doch als Minister tut er genau das Gegenteil: Ungeniert bläht er sein Ministerium mit neuen Abteilungen auf und schafft neue Organisationseinheiten, um Parteifreunde mit hochdotierten Posten zu versorgen. Für die Fraktion handelt es sich um eine Vetternwirtschaft, der auch die Bundeskanzlerin endlich Einhalt gebieten müsse.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2012 – 30.01.2012)

Denn auch in den Reihen der Koalition sorgt das Vorgehen von Niebel für Unmut. Entlarvend ist auch, dass das eigene Haus das Vorgehen des Ministers scharf kritisiert. So hat der Personalrat des BMZ in seinem letzten Tätigkeitsbericht die Frage gestellt, ob die von Niebel neu geschaffene Abteilung „Planung und Kommunikation“ nicht als Kampa 2013 für den anstehenden Bundestagswahlkampf eingerichtet wurde. „Wir lassen nicht zu, dass Sie mit Steuergeldern, die für die Armutsbekämpfung zur Verfügung stehen, eine Wahlkampfzentrale aufbauen“, sagte Raabe in der Aktuellen Stunde. Er hat gegen Niebel Anzeige erstattet.

AUSWÄRTIGES

Einsatz in Afghanistan verlängert – Truppenreduzierung beginnt

Am 26. Januar hat der Deutsche Bundestag die Verlängerung der Bundeswehrbeteiligung am ISAF-Mandat in Afghanistan beschlossen. Unsere SPD-Bundestagsfraktion hat mehrheitlich für diese Verlängerung gestimmt, wir Duisburger Bundestagsabgeordneten sind dabei unserem Abstimmungsverhalten konsequent treu geblieben: der Außenpolitiker Johannes Pflug hat für die Verlängerung des Mandats votiert, Bärbel Bas hat aus Gewissensgründen dagegen gestimmt. Fest steht aber für uns beide wie für die gesamte SPD-Bundestagsfraktion: Der schrittweise Rückzug muss bis Ende 2014 entschlossen vorangetrieben werden.

Nachdem die Bundesregierung den Vorschlag unserer SPD vor zwei Jahren noch als „unrealistisch“ und „gefährlich“ abgestempelt hat, ist sie nun auf den sozialdemokratischen Kurs eingeschwenkt. Auch die internationale Gemeinschaft hat sich darauf verständigt, die Kampftruppen bis Ende 2014 komplett aus Afghanistan zurückzuziehen. Doch damit wird das internationale und deutsche Engagement am Hindukusch nicht enden. Afghanistan wird auch, wenn deutsche Soldaten nicht mehr an Kampfhandlungen beteiligt sind, noch mindestens bis 2024 besondere Unterstützung brauchen, z. B. wirtschaftlich, politisch, bei der Finanzierung und Ausbildung der Sicherheitskräfte, beim Aufbau einer grundlegenden

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2012 – 30.01.2012)

Infrastruktur und der Verwaltung. Dieses Engagement hat die internationale Gemeinschaft auf der Afghanistan-Konferenz in Bonn im Dezember 2011 zugesagt.

Die Sicherheitsverantwortung wird Distrikt für Distrikt seit Juli 2011 bis Ende 2014 in afghanische Hände übergeben. Für eine dauerhafte Stabilisierung Afghanistans ist ein politischer Friedensprozess erforderlich, der alle afghanischen Gruppen inklusive der Taliban einbezieht. Dabei müssen unter anderem folgende Prinzipien gelten: Gewaltverzicht, der Bruch mit dem internationalen Terrorismus und der Respekt für die afghanische Verfassung einschließlich der darin verankerten Menschen- und Frauenrechte. Vor allem im Hinblick auf Regierungsführung und Demokratie bleibt noch viel zu tun in Afghanistan. Nach wie vor spielen Eignung, Befähigung und Leistung bei der Besetzung von Posten eine untergeordnete Rolle. Die Korruption hat weiterhin große Teile des Landes fest im Griff. Können diese Entwicklungen nicht gestoppt werden, drohen Frustration und Enttäuschung in der Bevölkerung anzuwachsen, mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

Innerhalb unserer SPD-Bundestagsfraktion begleitet seit vielen Jahren eine eigens eingerichtete Task Force unter dem Vorsitz Johannes Pflugs die Entwicklung in Afghanistan sowie die entsprechende Politik der Bundesregierung. Sie wird diese Arbeit auch in den kommenden Monaten fortsetzen und darauf achten, ob die Zusagen der Bundesregierung eingehalten werden.

FINANZEN

Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz der Koalition springt zu kurz

In wenigen Tagen hat Schwarz-Gelb in der abgelaufenen Woche mit seiner Mehrheit das Zweite Finanzmarktstabilisierungsgesetz (2. FMStG) durch den Deutschen Bundestag gedrückt – eine Eile, die zumindest von der Sache her nicht gerechtfertigt war.

Das Gesetz soll die von den Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebietes für dieses Jahr vereinbarte stärkere Eigenkapitalunterlegung relevanter europäischer Banken

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2012 – 30.01.2012)

absichern. Dazu werden die Maßnahmen und Instrumente des zum 31. Dezember 2010 ausgelaufenen 1. FMStG wieder aufgerufen und teilweise sogar noch erweitert. Der Garantierahmen wird wieder auf 400 Mrd. Euro und die Kreditermächtigung auf 80 Mrd. Euro (davon 10 Mrd. Euro nur mit Zustimmung des Haushaltsausschusses und 30 Mrd. Euro nur unter Zustimmung des Finanzmarktgremiums des Deutschen Bundestages) erhöht. Es wäre sehr gut gewesen, wenn es eine ausreichende und intensive Beratungszeit im Parlament gegeben hätte.

Obwohl wir von der SPD-Bundestagsfraktion die Wiederöffnung des FMStG für zwingend erforderlich halten, sind wir der Auffassung, dass die Koalitionsvorstellungen an entscheidenden Stellen zu kurz springen. Bei der Neuauflage des FMStG wurde von Seiten der Regierung und der Koalition versäumt, aus den Entwicklungen und neuen Erkenntnissen der letzten Jahre zu lernen und die richtigen Schlüsse zu ziehen. Deshalb haben wir von der SPD-Bundestagsfraktion das 2. FMStG in der von der Koalition vorgelegten Form abgelehnt. Unsere Forderungen haben wir von der SPD in verschiedenen Anträgen im federführenden Haushaltsausschuss und in einem Entschließungsantrag zur dritten Gesetzeslesung im Plenum (Drucksache 17/8488) formuliert und vorgebracht.

Dazu gehören vor allem:

- Es ist sicherzustellen, dass Banken Hilfsmaßnahmen nur dann beanspruchen können, wenn sie die Kosten dieser Maßnahmen selbst tragen.
- Es ist sicherzustellen, dass insbesondere Rekapitalisierungsmaßnahmen nicht länger nur freiwillig in Anspruch genommen werden können.
- Der Regelfall muss sein, dass der Bund über den Finanzmarktstabilisierungsfonds unmittelbares und stimmberechtigtes Aktienkapital oder vergleichbares Kapital erwirbt und dann auch Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung des Geschäftsmodells der begünstigten Bank nimmt.
- Entscheidungen über Stabilisierungsmaßnahmen müssen mit einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle und Beteiligung verbunden werden. Die Kontrolle der



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2012 – 30.01.2012)

begünstigten Unternehmen muss ebenfalls eine stärkere parlamentarische Begleitung erfahren.

- Es ist gesetzlich sicherzustellen, dass eine Bank, die Stabilisierungsmaßnahmen erhält, keine variablen Vergütungen und Boni und keine Dividenden für die Zeit der Maßnahme auszahlen darf.
- Die vorgesehene Befristung auf den 31. Dezember 2012 ist nicht zweckdienlich, da nicht abzusehen ist, ob sich bis dahin die Volatilität der Finanzmärkte beruhigt und die Lage der Kreditinstitute signifikant verbessert hat.

Leider hat Schwarz-Gelb mit seiner Mehrheit all diese Forderungen zurückgewiesen.

KULTUR

Kultur für alle: SPD gestaltet erstmals Antrag in Leichter Sprache

„Die Politikerinnen und Politiker der SPD wollen, dass alle Menschen überall mitmachen können. Sie wollen Kultur für alle.“ Dieser Satz ist in so genannter "Leichter Sprache" formuliert und steht in der Übersetzung unseres SPD-Antrags „Kultur für alle! – für einen gleichberechtigten Zugang von Menschen mit Behinderung zu Kultur, Information und Kommunikation" (Drucksache 17/8485). Mit diesem Antrag kämpfen wir Sozialdemokraten für eine Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bereich Kultur und Medien. Möglichst alle Menschen sollten unseren Antrag auch verstehen können - vor allem natürlich die Betroffenen. Deshalb haben wir als erste Fraktion im Deutschen Bundestag einen Antrag in diese „Leichte Sprache“ übersetzt. Der Antrag besteht jetzt aus dem ersten offiziellen Teil und daran anknüpfend der gleiche Inhalt noch einmal, diesmal aber in Leichter Sprache übersetzt.

Die Regeln für die "Leichte Sprache" wurden von Behindertenverbänden entwickelt. Sie besteht aus kurzen Sätzen mit kurzen Wörtern. Der Text ist in einer größeren Schriftart verfasst und enthält viele Erklärungen. Bilder unterstützen das Textverständnis. Immer mehr Menschen verstehen die komplizierte Fachsprache der Politik nicht mehr. Deshalb müssen

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2012 – 30.01.2012)

wir dafür sorgen, dass der Deutsche Bundestag barrierefreie Zugänge zu den wesentlichen Entscheidungen und Debatten bereitstellt. Das verstehe ich unter echter Barrierefreiheit.

In unserem Antrag fordern wir verbindliche Regeln, die Kultur- und Freizeitangebote barrierefrei zu gestalten. Beispiel: Filme sollen nur dann gefördert werden, wenn wenigstens eine Fassung des Films mit deutschen Untertiteln vorliegt. Nur durch den gleichberechtigten Zugang zu kulturellen und medialen Angeboten und barrierefreien Informationen wird der Anspruch der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), Menschen mit Behinderungen uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, eingelöst.

Dabei stehen nicht nur Kultur- und Medieneinrichtungen in öffentlicher Verantwortung in der Pflicht. Auch private Kultur- und Medienunternehmer wie der private Rundfunk sind aufgefordert, gemäß der UN-BRK und dem Behindertengleichstellungsgesetz die Barrierefreiheit ihrer Angebote zu gewährleisten.

Wir von der SPD-Fraktion begrüßen, dass die Länder den 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag ratifiziert haben, der für Menschen mit bestimmten Behinderungen eine vollständige Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht vorsieht, bzw. eine Ermäßigung auf ein Drittel des Regelsatzes.

Bislang ist der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention der schwarz-gelben Bundesregierung weit davon entfernt, die notwendigen Schritte zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am öffentlichen kulturellen Leben festzuschreiben.

So sieht er nur grundsätzlich vor, bei Ausschreibungen des Bundes im Kultur- und Freizeitbereich die Barrierefreiheit sicherzustellen. Dieser Vorschlag greift jedoch zu kurz: Das geltende Vergaberecht beinhaltet nur die Möglichkeit, Ausschreibungen entsprechend zu gestalten. Verpflichtungen sind daraus nicht abzuleiten. Barrierefreiheit als Voraussetzung

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2012 – 30.01.2012)

für kulturelle und mediale Teilhabe sollte jedoch bei allen Bauvorhaben und Einrichtungen kultureller Infrastruktur von Anfang an mitgedacht und verbindlich verankert werden.

Unsere SPD-Fraktion fordert, das Vergaberecht in der Weise zu ändern, dass bei Ausschreibungen des Bundes und seinen Beschaffungsstellen für Produkte, Gebäude und Dienstleistungen immer die Barrierefreiheit bzw. Barrierearmut von Zugängen zur kulturellen und medialen Infrastruktur mitberücksichtigt werden muss – insbesondere, wenn es um Neubauten geht. Bei Restaurierungen und Umbauten muss eine eventuelle Nicht-Gewährleistung der Barrierefreiheit explizit begründet werden;

WIRTSCHAFT

Positionspapier zur sozialdemokratischen Industriepolitik

Die deutsche Industrie steht vor grundlegenden Herausforderungen: Globalisierung, Umwelt- und Klimaschutz, Rohstoffverknappung, technologische Innovationen und demografische Entwicklung sind Treiber eines Strukturwandels, der auch die Industrie weiter verändern wird. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik müssen sich jetzt auf die Herausforderungen einstellen – es geht um die Zukunft des Industriestandortes Deutschland.

Mit Sorge ist in diesem Zusammenhang zu beobachten, wie die Bedeutung der Industrie und der Produktion immer stärker aus dem öffentlichen Bewusstsein gerät. Daher muss es bei einer Modernisierungsdebatte auch darum gehen, einen Diskurs zu Rolle und Selbstverständnis sowie gesellschaftlicher Akzeptanz einer zukunftsorientierten Industrie zu führen.

Unser stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil und der wirtschaftspolitische Sprecher unserer SPD-Bundestagsfraktion Garrelt Duin haben im Sommer 2011 im Rahmen eines „Branchendialogs“ intensive Gespräche mit Unternehmensvertretern verschiedener Branchen geführt. Gegenstand der Gespräche war das gesamte Spektrum industriepolitischer Handlungsfelder.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2012 – 30.01.2012)

Das Positionspapier „Sozialdemokratische Industriepolitik“ wurde am 24. Januar von unserer SPD-Fraktion beschlossen. Es soll dazu beitragen, den Diskurs über die notwendige Modernisierung der Industrie voranzubringen. Deutschland muss durch eine zukunftsorientierte Industriepolitik wieder besser regiert werden: Ein industriepolitisches „Weiter so“ – wie es die Bundesregierung in ihrem Ende 2010 vorgestellten Konzept zur Industriepolitik präsentiert hat – wird den Herausforderungen nicht gerecht. Das Papier lässt sich auf der Website der Fraktion herunterladen.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de